

# Statuten des Vereines

## § 1 Name, Sitz und Tätigkeitsbereich des Vereines

- (1) Der Verein führt den Namen: „**Zoe-Club-Austria**“
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in: **Mühlbachweg 18, 4901 Ottnang am Hausruck**
- (3) Er erstreckt seine Tätigkeit auf das österreichische Bundesgebiet und das benachbarte Ausland.

## § 2 Zweck des Vereines

Die Tätigkeit des Vereins ist nicht auf Gewinn gerichtet. Der Verein ist unabhängig und überparteilich. Sein Zweck ist:

- a) die umfassende Information und Kommunikation zum Themenbereich „Elektromobilität“ mit Schwerpunkt auf das Fahrzeug Renault Zoe;*
- b) die Information und Unterstützung der Mitglieder im Bereich Auswahl und Beschaffung von Elektrofahrzeugen, dem Nutzerprofil entsprechend;*
- c) die Förderung der Elektromobilität und unabhängigen Mobilität durch ein Angebot an Leihfahrzeugen und/oder Carsharing;*

Der Verein strebt die möglichst rasche Wende zu einer nachhaltigen, umweltfreundlichen und effizienten Mobilität an. Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

- a) die Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren, bzw. geschlossener Teilnahme an solchen;*
- b) gezielte Webauftritte und aktives Auftreten in sogenannten sozialen Medien;*
- c) Kooperation mit in- und ausländischen Vereinen und Interessensvertretungen;*
- d) Aufstellen von örtlich begrenzten Möglichkeiten sich praxisgerecht mit Elektrofahrzeugen auseinander zu setzen; Stichwort Leihfahrzeuge und Carsharing;*
- e) Umsetzung von Projekten und Mitwirkung an Projekten.*

### **§ 3 Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes**

Der Vereinszweck soll durch folgende Mittel erreicht werden:

(1) Ideelle Mittel:

- a) Zusammenkünfte der Mitglieder, Erfahrungsaustausch;*
- b) Informationsaustausch und gegenseitige Unterstützung bei Veranstaltungen;*
- c) Erstellung und Verteilung von Informationsmaterial;*
- d) Informationsarbeit und Aktionen für Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit.*

(2) Beschaffung materieller Mittel durch:

- a) Mitgliedsbeiträge;*
- b) Einnahmen aus Projektarbeit, Veranstaltungen und Unternehmen;*
- c) Sponsoring, Spenden, Sammlungen, sonstige Zuwendungen;*
- d) Entgelt für besondere Leistungen, auf die die Vereinsmitglieder nicht schon aufgrund ihrer Mitgliedschaft unentgeltlich Anspruch haben;*
- e) Entgelte aus Fahrzeugverleih/Carsharing (diese vorrangig zur Deckung der Fahrzeug- und Organisationskosten).*

(3) Festlegung der Mitgliedsbeiträge

Die Höhe der jährlich zu zahlenden Mitgliedsbeiträge ist auf Vorschlag des Vorstandes durch die Generalversammlung festzulegen.

### **§ 4 Arten der Mitgliedschaft**

(1) Die Mitglieder bestehen aus:

- a) Ordentliche Mitglieder;*
- b) Außerordentliche Mitglieder;*
- c) Ehrenmitglieder.*

(2) *Ordentliche Mitglieder* können physische oder juristische Personen werden, soweit sie den Vereinszweck unterstützen. Sie haben Sitz und Stimme in der Generalversammlung.

Jede juristische Person wird durch einen von ihr namhaft gemachten Delegierten vertreten.

- (3) *Außerordentliche Mitglieder* können physische oder juristische Personen werden, soweit sie den Vereinszweck unterstützen. Sie haben Sitz jedoch keine Stimme in der Generalversammlung.
- (4) *Ehrenmitglieder* sind Personen, die sich in besonderer Weise um die Vereinsziele bzw. den Verein verdient gemacht haben. Sie haben Sitz jedoch keine Stimme in der Generalversammlung.

## **§ 5 Erwerb der Mitgliedschaft**

- (1) Die Mitgliedschaft ist freiwillig.
- (2) Anträge auf Aufnahme als Vereinsmitglied sind vom Bewerber schriftlich an die Geschäftsstelle des Vereines zu richten.
- (3) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.
- (4) Die Aufnahme eines Ehrenmitgliedes erfolgt auf Beschluss des Vorstandes.
- (5) Bis zur Entstehung des Vereins erfolgt die vorläufige Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern durch die Vereinsgründer, im Fall eines bereits bestellten Vorstands durch diesen. Diese Mitgliedschaft wird erst mit Entstehung des Vereins wirksam. Wird ein Vorstand erst nach Entstehung des Vereins bestellt, erfolgt auch die (definitive) Aufnahme ordentlicher und außerordentlicher Mitglieder bis dahin durch die Gründer des Vereines.

## **§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft**

- (1) Die Mitgliedschaft endet bei natürlichen Personen durch den Tod des Vereinsmitgliedes, bei juristischen Personen durch den Verlust der Rechtspersönlichkeit oder Insolvenz. Bei beiden auch durch freiwilligen Austritt sowie Ausschluss.
- (2) Der freiwillige Austritt kann jederzeit erfolgen. Sofern der Austritt nach dem 1. November (Datum des Poststempels) des jeweiligen Jahres erklärt wird, ist auch der Mitgliedsbeitrag des Folgejahres zu bezahlen. Die Austrittserklärung ist an die Adresse des Vereines mittels eingeschriebenen Briefes zu übermitteln.
- (3) Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge in Rückstand bleibt. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.
- (4) In jedem Fall der Beendigung der Mitgliedschaft hat das ausscheidende Vereinsmitglied keinen Anspruch auf Leistungen des Vereines, insbesondere auf einen Anteil des Vereinsvermögens.

- (5) Die Rechte und Pflichten der übrigen Vereinsmitglieder werden durch den Austritt eines Vereinsmitgliedes nicht berührt.
- (6) Der Ausschluss eines Mitgliedes aus dem Verein kann vom Vorstand wegen grober Verletzung der Mitgliedspflichten bzw. bei grober Missachtung des Vereinszweckes verfügt werden. Gegen den Ausschluss ist die Anrufung des Schiedsgerichtes möglich; bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtes ruhen die Mitgliedschaftsrechte.
- (7) Die Beendigung der Mitgliedschaft befreit nicht von den während der Mitgliedschaft entstandenen Verpflichtungen zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge.

## **§ 7 Rechte der Mitglieder**

- (1) Das Stimmrecht in der Generalversammlung, sowie das aktive und passive Wahlrecht stehen den ordentlichen Mitgliedern bzw. den von juristischen Personen bestellten Delegierten nach Umfang der Bestimmungen dieser Statuten zu.
- (2) Die Mitglieder haben das Recht, in jeder Generalversammlung vom Vorstand und von der Geschäftsführung über die Tätigkeit des Vereines und über die finanzielle Gebarung informiert zu werden.
- (3) Jedes Mitglied ist berechtigt vom Vorstand die Ausfolgung der Statuten zu verlangen.
- (4) Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.
- (5) Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereines zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.

## **§ 8 Pflichten der Mitglieder**

Die Mitglieder sind verpflichtet,

- a) die Interessen des Vereines nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, worunter das Ansehen und der Zweck des Vereines leiden könnte,*
- b) die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten und denselben nachzukommen und den Vorstand, sowie die Geschäftsführung bei der Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben zu unterstützen,*
- c) alle zur Erreichung des Vereinszweckes erforderlichen Auskünfte wahrheitsgetreu und fristgerecht zu erteilen,*

- d) die von der Generalversammlung festgesetzten Mitgliedsbeiträge sind fristgerecht zu bezahlen.*

## **§ 9 Organe des Vereines**

Organe des Vereines sind:

- a) die Generalversammlung;*
- b) der Vorstand;*
- c) die Geschäftsführung;*
- d) die Rechnungsprüfer;*
- e) das Schiedsgericht.*

## **§ 10 Die Generalversammlung**

- (1) Die ordentliche Generalversammlung ist die „Mitgliederversammlung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und findet einmal jährlich statt.
- (2) Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf
  - a) Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung,*
  - b) schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,*
  - c) Verlangen der Rechnungsprüfer (§ 21 Abs. 5 erster Satz VereinsG),*
  - d) Beschluss der/eines Rechnungsprüfer/s (§ 21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG, § 11 Abs. 2 dritter Satz dieser Statuten),*
  - e) Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators binnen vier Wochen statt.*
- (3) Sowohl zu den ordentlichen als auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle ordentlichen Mitglieder mindestens drei Wochen vor dem Termin schriftlich die zuletzt vom Mitglied bekannt gegebene Adresse (per Post, Fax oder E-Mail) unter Mitteilung der Tagesordnung einzuladen. Die Einberufung der Vereinsmitglieder erfolgt durch den Vorstand oder durch die Geschäftsführung. Bei Delegierten gilt die unwiderlegbare Vermutung, dass sie ermächtigt und bevollmächtigt sind, das jeweilige Vereinsmitglied mit Wirkung auch für das Außenverhältnis rechtsverbindlich zu vertreten.
- (4) Anträge zu Tagesordnungspunkten sind mindestens vier Wochen vor dem Termin der Generalversammlung beim Verein schriftlich bekannt zu geben.

- (5) Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
- (6) Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind nur die ordentlichen Mitglieder.
- (7) Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.
- (8) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.
- (9) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der/die Obmann/Obfrau, bei Verhinderung der/die StellvertreterIn. Wenn auch diese/r verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

## **§ 11 Stimmrecht der Vereinsmitglieder in der Generalversammlung**

- (1) Jedes anwesende Vereinsmitglied hat nur eine Stimme.
- (2) Das Stimmrecht ist durch die ordentlichen Vereinsmitglieder persönlich, bzw. bei juristischen Personen durch den Delegierten auszuüben.

## **§ 12 Aufgaben der Generalversammlung**

- (1) Der Generalversammlung obliegt die Beschlussfassung in allen Angelegenheiten des Vereines, sofern diese durch das Gesetz oder die Statuten oder durch Beschlussfassungen der Generalversammlung nicht anderen Organen übertragen ist.
- (2) Der Generalversammlung sind jedenfalls folgende Aufgaben vorbehalten:
  - a) *Bestellung und Enthebung der Mitglieder des Vorstandes und der Rechnungsprüfer;*
  - b) *Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und des Rechnungsabschlusses;*
  - c) *Beschlussfassung über den von der Geschäftsführung und/oder dem Vorstand vorgelegten Voranschlag;*
  - d) *Festsetzung der Höhe der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge auf Vorschlag des Vorstandes;*

- e) *Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereines;*
  - f) *Beschlussfassung über die vorgelegten Anträge;*
  - g) *Entlastung des Vorstandes;*
  - h) *Aufnahme der Geschäftsführung.*
- (3) Über die Generalversammlung ist binnen 2 Wochen ein Protokoll anzufertigen und sämtlichen Vereinsmitgliedern zuzusenden. Allfällige Einwendungen gegen die Protokollierung sind schriftlich binnen 2 Wochen an den Vorstand zu richten und bilden einen Tagesordnungspunkt der folgenden (ordentlichen oder außerordentlichen) Generalversammlung.

### **§ 13 Der Vorstand**

- (1) Der Vorstand besteht aus mindestens sechs Mitgliedern, nämlich aus Obmann/Obfrau und StellvertreterIn, SchriftführerIn und StellvertreterIn sowie KassierIn und Stellvertreterin.
- (2) Die Mitglieder des Vorstandes sind aus dem Kreis der ordentlichen Vereinsmitglieder zu wählen. Die Wahl der Vorstandsmitglieder durch die Generalversammlung erfolgt geheim, sofern ein Vereinsmitglied das verlangt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jede/r RechnungsprüferIn verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die RechnungsprüferInnen handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.
- (3) Der Obmann/die Obfrau, der/die StellvertreterIn oder die Geschäftsführung vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften von zwei für den Verein vertretungsbefugten Personen.
- (4) Die Funktionsdauer des Vorstandes beträgt drei Jahre. Auf jeden Fall währt sie bis zur Wahl eines neuen Vorstandes.
- (5) Im Innenverhältnis gilt folgendes:
- a) *der/die Obmann/Obfrau oder der/die StellvertreterIn führt den Vorsitz in der Generalversammlung und in den Vorstandssitzungen. Bei Gefahr im Verzuge ist*

*er berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstandes fallen, unter eigener Verantwortung selbständige Anordnungen zu treffen; diese bedürfen jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan;*

- b) der/die SchriftführerIn hat den/die Obmann/Obfrau oder den/die StellvertreterIn bei der Führung der Vereinsgeschäfte zu unterstützen. Ihm/Ihr obliegt, sofern die Generalversammlung nicht einen anderen SchriftführerIn bestellt, die Führung der Protokolle der Generalversammlung und des Vorstandes;*
- c) der/die KassierIn ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereines verantwortlich, sofern diese nicht durch den Geschäftsführung wahrgenommen wird;*
- d) Die jeweiligen StellvertreterInnen dürfen nur tätig werden, wenn der/die Vorsitzende, der/die SchriftführerIn oder KassierIn verhindert ist; die Wirksamkeit satzungsgemäßer Vertretungshandlungen wird dadurch aber nicht berührt.*

- (6) Der Vorstand ist berechtigt, in den jeweils anfallenden Angelegenheiten auch andere Vertretungsbefugnisse zu beschließen. Hierüber ist dem sodann zur Vertretung Ermächtigten eine Vollmacht des gesamten Vorstandes auszustellen.
- (7) Ausgeschiedene Vorstandsmitglieder sind wieder wählbar.
- (8) Scheidet ein Mitglied des Vorstandes aus dem Verein aus, so erlischt gleichzeitig sein Mandat als Mitglied des Vereinsvorstandes, ohne dass es hierzu eines Widerrufs durch die Generalversammlung bedarf. Er ist verpflichtet, diesen Umstand dem Verein, dem Vorstandsvorsitzenden oder der Geschäftsführung unverzüglich mitzuteilen. Scheidet der/die Obmann/Obfrau aus, so tritt der/die StellvertreterIn bis zur nächsten Generalversammlung an seine Stelle. Scheidet ein anderes Mitglied des Vorstandes aus, hat der Vorstand die Pflicht, bei Unterschreitung der Mindestanzahl der Vorstände umgehend ein anderes, wählbares Mitglied zu kooptieren. Hierzu ist die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen.
- (9) Die Vorstandssitzungen werden durch den/die Obmann/Obfrau bzw., im Falle einer Verhinderung, von seinem/r StellvertreterIn oder von der Gesamtheit der übrigen Vorstandsmitglieder schriftlich (per Post, Fax oder E-Mail) einberufen.
- (10) Den Vorsitz führt der Obmann/die Obfrau, bei Verhinderung der/die StellvertreterIn.
- (11) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder unter Einhaltung einer Frist von einer Woche eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.
- (12) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des/der Obmann/Obfrau den Ausschlag.



- (13) Außer durch Tod, Ablauf der Funktionsperiode und Ausscheiden aus dem Verein endet die Funktion des Vorstandsmitgliedes durch Enthebung oder durch Rücktritt.
- (14) Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne Mitglieder des Vorstandes ihrer Funktion entheben.
- (15) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktrittes des gesamten Vorstandes an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt des gesamten Vorstandes wird erst mit der Wahl des neuen Vorstandes wirksam.

## **§ 14 Aufgaben des Vorstandes**

- (1) Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereines. Er ist das Leitungsorgan im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.
- (2) In den Wirkungskreis des Vorstandes fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:
- a) *Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen Mitgliedern, außerordentlichen Mitgliedern;*
  - b) *Aufnahme und Kündigung von Mitarbeitern des Vereins;*
  - c) *Vorbereitung und Einberufung der ordentlichen und der außerordentlichen Generalversammlung;*
  - d) *Erstellung von Richtlinien für eine allenfalls eingerichtete Geschäftsführung (Geschäftsordnung);*
  - e) *Einsetzen einer Geschäftsführung zur Ausübung laufender Vereinsgeschäfte;*
  - f) *Verwaltung des Vereinsvermögens;*
  - g) *Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindestanforderung;*
  - h) *Erstellung des Jahresvoranschlages, des Rechenschaftsberichtes und des Rechnungsabschlusses unter Heranziehung der von der Geschäftsführung zu erstellenden Entwürfe;*
  - i) *Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den prüften Rechnungsabschluss.*

## **§ 15 Geschäftsführung**

- (1) Sofern sich der Vorstand zur Ausübung der laufenden Vereinsgeschäfte einer Geschäftsführung bedient, obliegt diesem in erster Linie die Durchsetzung bzw. Umsetzung der Voranschläge im Allgemeinen, insbesondere gegenüber Behörden, politischen Gremien und anderen Interessensgruppen.
- (2) Darüber hinaus leitet sie, nach Maßgabe der Beschlüsse der Generalversammlung und des Vorstandes und dem Vorstand untergeordnet, die laufenden Geschäfte des Vereines.
- (3) Die Geschäftsführung ist an die Weisungen des Vorstandes und der Generalversammlung gebunden. Diesem werden Aufgaben vom Vorstand zugeteilt. Die Geschäftsführung ist berechtigt und verpflichtet, an den Sitzungen aller Vereinsorgane teilzunehmen, er kann aber durch Beschluss des jeweiligen Vereinsorgans hiervon auch ausgeschlossen werden.
- (4) Der Geschäftsführung obliegen insbesondere, in Unterordnung unter den Vorstand, die Verwaltung des Vereinsvermögens und die Geldgebarung.
- (5) Die Geschäftsführung hat jeweils bis längstens Ende November eines jeden Kalenderjahres, in Abstimmung mit dem Vorstand, ein Konzept über die Aktivitäten des Vereines im kommenden Jahr zu erstellen. Dieses Konzept hat auch die Schätzung der Kosten der vorgeschlagenen Aktivitäten zu umfassen und ist der ordentlichen Generalversammlung des jeweiligen Kalenderjahres zur Genehmigung vorzulegen.
- (6) Darüber hinaus obliegt der Geschäftsführung neben der Vorbereitung dieses Jahresvoranschlags und des damit verbundenen Konzeptes die Vorbereitung des Rechenschaftsberichtes und des Rechnungsabschlusses.
- (7) Ferner obliegen der Geschäftsführung alle sonstigen Maßnahmen, die ihm gemäß der Statuten und Beschlüsse der Generalversammlung zugewiesen werden.

## **§ 16 RechnungsprüferIn**

- (1) Zur Prüfung des Rechnungsabschlusses des Vereines werden von der Mitgliederversammlung zwei RechnungsprüferInnen vorzugsweise aus dem Kreis der Mitglieder des Vereines bzw. seiner Organe und deren leitenden Angestellten gewählt. Mitglieder des Vorstandes und die Geschäftsführung dürfen nicht zum/r RechnungsprüferIn gewählt werden.
- (2) Die RechnungsprüferInnen werden auf die Funktionsdauer des Vorstandes gewählt, sofern die Generalversammlung nicht einen abweichenden Beschluss fasst; ihre Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Den RechnungsprüferInnen obliegen die Geschäftskontrolle und die Überprüfung des Rechnungsabschlusses. Sie haben den Vorstand über das Ergebnis der Überprüfungen vor der Generalversammlung zu berichten.

- (4) Rechtsgeschäfte zwischen den RechnungsprüfernInnen und dem Verein bedürfen der Genehmigung der Generalversammlung.
- (5) Die Bestimmungen des § 13 Punkt (13) gelten sinngemäß.

## **§ 17 Schiedsgericht**

- (1) Alle aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten entscheidet das Schiedsgericht.
- (2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Personen zusammen. Es wird derart gebildet, dass jeder Streitteil aus den Ordentlichen Vereinsmitgliedern oder aus Delegierten der Vereinsmitglieder, die juristische Personen sind, innerhalb von zwei Wochen nach Einlangen einer Sachverhaltsdarstellung oder eines Antrags beim Obmann/der Obfrau einen Schiedsrichter namhaft macht. Die zwei namhaft gemachten Schiedsrichter wählen binnen zwei Wochen aus den Vereinsmitgliedern den Vorsitzenden/die Vorsitzende des Schiedsgerichtes.
- (3) Das Schiedsgericht muss allen Parteien der Streitigkeit ausreichend Gehör gewähren. Es fällt seine Entscheidung bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.
- (4) Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ, mit Ausnahme der Generalversammlung, angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.

## **§ 18 Dauer und Auflösung des Vereines**

- (1) Der Verein wird auf unbestimmte Zeit gegründet.
- (2) Die freiwillige Auflösung des Vereines kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen Generalversammlung beschlossen werden.
- (3) Der letzte Vereinsvorstand muss die freiwillige Auflösung der Vereinsbehörde schriftlich anzeigen und in einer für die amtlichen Verlautbarungen bestimmten Zeitung veröffentlichen.
- (4) Das im Falle der freiwilligen Auflösung oder bei Wegfall des bisherigen begünstigten Vereinszweckes allenfalls vorhandene Vermögen darf nicht den Vereinsmitgliedern zukommen, sondern ist vom abtretenden Vereinsvorstand für gemeinnützige, wissenschaftliche Zwecke, vorzugsweise im Bereich der Erneuerbaren Energien bzw. Energieeffizienz oder, sofern dies nicht möglich erscheint, zu sonst einem im Sinne des § 34 BAO, gemeinnützigen bzw. mildtätigen Zweck zu verwenden.